

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
aus dessen bekanntem Agenten
mitgegeben, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wortjahrespreis von:
Fr. 3. — für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 4. — für Deutschland (Koblenz)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Koblenz)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Mitteleuropas (Streuhand).

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Gottling & Zährli.
Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz fallen
Doppelporto.

Nr. 40.

Wiese an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekabresen. In grossen Fällen eingeschrieben.

30. September 1887.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

I. Die Situation der Partei.

Am Vorabend der Beratungen über eine Reihe der wichtigsten Fragen des Parteilebens der deutschen Sozialdemokratie ist es sicher nicht unerwünscht, wenn wir an dieser Stelle zusammenfassend die Gesichtspunkte erörtern, welche bei diesen Fragen hauptsächlich in Betracht kommen.

Die Tagesordnung des Parteitages zerfällt in zwei Theile: einen rückwärtigen, auf die abgelaufene Arbeitstätigkeit der Parteivertretung und damit im weiteren Sinne der Partei überhaupt bezüglichen, und einen nach vorwärts gerichteten, die weitere Tätigkeit der Partei betreffenden. Punkt 1 und 2 der Tagesordnung gehören im Wesentlichen dem erstern Theile, Punkt 3, 5 und 6 dem letztern Theile an, während Punkt 4 „Stellung der Partei bei den letzten und zu den nächsten Reichstagswahlen“ halb zur ersten, halb zur zweiten Gruppe gehört.

Was nun die Rückschau auf die bisherige Parteithätigkeit anbetrifft, so wollen wir den Diskussionen darüber hier nicht vorgreifen. Nicht als ob wir sie für überflüssig hielten — im Gegentheil, sie sind unseres Erachtens absolut notwendig, um aus ihren Ergebnissen die Lehren für die Zukunft zu ziehen — aber aus der einfachen Erwägung, daß es sich da um bekannte Thatsachen handelt, über welche eben die Genossen sich aussprechen haben, nachdem sie bereits seinerzeit in der Presse und namentlich grade in unserem Blatte zur Erörterung gelangt. Anders mit den Aufgaben, bezw. der Stellungnahme für die Zukunft. Hier, wo rein das sachliche Moment entscheidet, wo es sich um die Beurtheilung von Personen und Dingen handelt, die außerhalb des Kreises der Partei stehen, hier, wo von keinem Vorgreifen, sondern nur von einer sorgfältigen Erörterung die Frage sein kann, hier würden wir eine Pflicht veräumen, wenn wir nicht redeten. Bei der Tragweite der zu fassenden Beschlüsse kann die Diskussion nicht eingehend genug sein, können die in Betracht kommenden Konsequenzen nicht reichlich genug überlegt werden.

Wie soll sich die deutsche Sozialdemokratie fernerhin zur Gesetzgebung, zu den übrigen Parteien, wie bei den Wahlen verhalten, welches soll ihre Kampfes- und Agitationsweise in der nächsten Zeit sein? So lauten die gestellten Fragen in ihrer Gesamtheit. Versuchen wir es — nicht, sie zu beantworten, sondern die Vorfagen zu ihrer Beantwortung klarzustellen.

Die Taktik einer Partei wird im Wesentlichen durch drei Elemente bestimmt: Erstens durch ihre Grundsätze und Ziele, zweitens durch die ihr von außen, d. h. durch die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, sowie durch die Kampfweise ihrer Gegner geschaffene Situation, und drittens durch ihre speziellen Machtverhältnisse und namentlich durch die soziale Stellung ihrer Anhänger. Nummer Eins und Zwei leuchten von selbst ein, von Nummer Drei möchte der Schlussatz vielleicht nicht sofort einleuchten. Bei ein wenig Nachdenken wird aber jeder leicht begreifen, daß z. B. eine Taktik, die für eine Partei von Grundbesitzern vielleicht zweckmäßig sein mag, für eine Partei von Proletariern, wenn überhaupt im Bereich des Möglichen liegend, jedenfalls nicht unzweckmäßig sein kann.

Ziel und Grundsätze unserer Partei sind ein für allemal gegeben, gegeben im engen Zusammenhang mit dem Charakter unserer Partei als einer proletarischen, auf dem Boden des Klassenkampfes für die Emanzipation aller Unterdrückten kämpfenden. In dieser Beziehung sind wir heute die, die wir waren, und werden wir morgen die sein, die wir heute sind. Steht es aber ebenso mit der äußeren Situation unserer Partei? Ist diese auch heute dieselbe, wie sie gestern war? Wir sehen nicht an, die Frage mit Nein zu beantworten.

Sowohl die allgemeine politische Lage als speziell das Verhältnis der gegenwärtigen Machthaber und der bürgerlichen Parteien zu uns haben seit dem letzten Kongress ganz erhebliche Veränderungen erfahren, die Gegenstände haben sich in schärfer Weise zugespielt.

Zur Zeit des Kopenhagener Kongresses sah es aus, als ob den Regierenden selbst das Sozialistengesetz lästig geworden sei. Die Thatsache stand fest, daß es seinen Zweck nicht erfüllt habe und voraussichtlich nie erfüllen werde. Die bürgerlichen Oppositionsparteien — Zentrum und fortschrittlicher Liberalismus — schienen ernsthaft seine Abschaffung in's Auge gefaßt zu haben, mindestens aber eine Milderung der härtesten Bestimmungen des Gesetzes zu verlangen. So konnte in der öffentlichen Meinung die Ansicht Boden gewinnen, die Tage des Sozialistengesetzes seien gezählt.

Wir Sozialisten theilten diese Illusion nicht. Zu gut wußten

wir, daß die großen Staatsmänner, welche in Deutschland das Ruder in der Hand haben, unfähig sind, ohne Ausnahmegeetze zu regieren, und daher freiwillig nie in eine Abschaffung oder auch nur eine Abmilderung desselben willigen werden. Wenn sie eingesehen, daß es seinen Zweck gegenüber verfehlt, so war von ihnen nichts anderes zu erwarten, als daß sie auf eine Erweiterung des Polizeigesetzes sinnen würden. Noch mehr Zwangsmittel! war von jeher das Auskunftsmittel der vorsündfluthlichen Staatskunst, wie sie ein Bismarck wieder aufgefressen hat, um sie als neu anzugeben.

Andererseits taunten wir aber auch die bürgerliche Opposition und ihre Machtstellung in Deutschland zu gut, um derselben, selbst ihren guten Willen vorausgesetzt, die Kraft zuzutrauen, die Abschaffung bezw. Abmilderung des Sozialistengesetzes gegen den Willen Bismarcks durchzusetzen. Mit dem guten Willen dazu stand es aber bei einem großen Theil der Opposition mehr wie zweifelhaft. Von den Landjüngern und Pfaffenknechten des Zentrums und den freihändlerischen Großkauleuten des Freisinn war alles andere eher zu erwarten, als ein ernsthaftes Eintreten für wirkliches Volkrecht. Das Günstigste war, daß sie, durch ihre Oppositionsstellung gezwungen, einer Verschärfung der Polizeimacht entgegentraten. Eine Beseitigung des Ausnahmegesetzes war aber nur in Zusammenhang mit einem Wechsel im ganzen Regierungssystem, vorläufig also nicht zu erwarten.

Die Ereignisse haben seitdem der pessimistischsten damaligen Auffassung der Dinge Recht gegeben. Die bürgerliche Opposition hat sich noch zehnmal feiger, noch hundertmal elender benommen als wir vorausgesetzt, das Schandgesetz ist nicht nur nicht abgemildert, sondern noch verschärft worden.

Freilich nicht auf dem Wege der Gesetzgebung. Oder vielmehr, noch nicht auf dem Wege der Gesetzgebung. Was vorläufig nicht durch den Reichstag zu erlangen war, wurde auf dem Wege der Polizeiverordnung und der Rechtsauslegung durch seine Richter durchgesetzt. Der Puttjäger'sche Streik-Erlass und die Auflösung der Arbeiterfachvereine auf der einen Seite, das Reichsgerichtserkenntnis im Chemnitz-Freiberger Prozeß mit seiner wunderbaren Konstruktion des Begriffs der geheimen Verbindung und seine jüngste Ergänzung auf der andern bedeuten eine Dehnung des Ausnahmegesetzes, wie sie bei Schaffung desselben von seinen Urhebern — wir wollen nicht sagen, nicht gedacht, wohl aber des Lautesten in Abrede gestellt wurde. Und sie würde vielleicht vorläufig genügen, wenn man aller Richter sicher, wenn die Strafböhe gesichert wäre. Aber ganz so weit ist man trotz alledem noch nicht, und noch immer gibt es Einzel-Regierungen, die sich zu der vollen Höhe der Bismarck-Puttjäger'schen Polizei-Auffassung nicht emporschwingen können, in Ausführung der Polizeigesetze gewisse Normen obwalten lassen. Dem ist nur durch die Gesetzgebung abzuhelfen. Was Puttjäger's erfinderischer Geist, was des Reichsgerichts elastischer Rechtsfinn ausgeklügelt, muß überall zur vollen Geltung gelangen. Das ganze Deutschland soll es sein. Wahrscheinlich schon in der nächsten Session wird die zusammengeschwindelte Reichstagsmehrheit auch in dieser Hinsicht ihren haars- und gesellschaftsfeindlichen Charakter behaupten. Ein sicheres Anzeichen dafür ist das Gerede von der „Milderung der Härten des Sozialistengesetzes“, das in diesen Tagen die nationalliberale Presse unsicher machte. Wenn der Sauner gemüthlich wird, hat er einen Erbschurkenstreich vor.

Beseitigten der Puttjäger'sche Streik-Erlass und seine Handhabung schon den letzten Zweifel darüber, daß es sich längst nicht mehr um Belämpfung der Ausschreitungen der Sozialdemokratie handle, sondern lediglich um Niederhaltung jeder energischen Weltendmachung der Arbeiter-Interessen, so ist die angekündigte Abänderung des allgemeinen Wahlrechts die unverhüllte Proklamation dieser Tendenz.

Jede Beschränkung des Wahlrechts, ob sie in der Einschränkung der Zahl der Wahlberechtigten bestehe oder auch nur in der Verlängerung der Legislaturperioden, ist ein direkter Schlag, eine Kriegserklärung gegen die Klasse der gesellschaftlich Enterbten, gegen das arbeitende Volk. Seine Stimme soll seltener, und auch dann nur gedämpft zum Ausdruck kommen, ihr wahrer Ausdruck unterdrückt werden. Bisher hat man in der Sozialdemokratie, in den „Agitatoren des Umsturzes“, die mutigsten Sachwalter der Arbeiterklasse und damit diese mehr indirekt bekämpft, jetzt rüsten sich die Regierung und die herrschenden Parteien zu Maßregeln, die sie direkt treffen. Es genügt nicht, die „Führer“ zu züchten, den Massen sollen die Hände gebunden werden.

Eine Ermuthigung zu solch unverschämtem Vorgehen ist unzweifelhaft die scharfe Gegnerschaft zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlich-demokratischen oder demokratischen Opposition — die naturgemäße Folge der elenden Haltung der letzteren bei den Februarwahlen. Die weisen Diplomaten des deutschen Freisinn, die bei den Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen für diese den Ausschlag gaben, in dem Wahn, den Ruf ihrer Partei dadurch in den Augen des ordnungsliebenden Bürgerthums zu retten, haben im Gegentheil dieselbe nach jeder Richtung hin kompromittirt. Wo sie sich rehabilitiren wollten, haben sie Hohn, bei den wirklich demokratischen Massen aber Haß und Verachtung ge-

erntet. Tausend Bismarck'sche Kampfreden konnten ihren Kredit nicht so untergraben, als sie in ihrer Bornirtheit selbst gethan. Und was der Freisinn zu diesem Behuf außerhalb des Parlaments gethan. Besser organisiert als der Freisinn, in jedem Pfaffen einen Agitator besitzend, hat es zwar noch immer eine große Heerde von Gläubigen hinter sich, aber in allen übrigen Kreisen der Bevölkerung enorm an Ansehen verloren.

Es ist unnütz, sich darüber Illusionen hinzugeben: zu keiner Zeit war die parlamentarische Opposition in Deutschland so schwach als gegenwärtig. Und wohlgenutzt, wir meinen nicht ihre numerische Schwäche — die könnte ohne Schaden noch weit größer sein — sondern ihre moralische Schwäche. So groß ist diese, daß die Regierungsparteien sich bereits den Lugns öffentlicher Reibereien unter einander gestatten dürfen. Sie haben aufgehört, die parlamentarische Opposition zu fürchten.

So viel zu diesem Zustand der Dinge der wirtschaftliche Zerlegungsprozeß beiträgt, in dem sich die bürgerliche Gesellschaft heute befindet, so wäre es doch falsch, die ganze Zämmlichkeit der politischen Zustände in Deutschland auf sein Konto setzen. In anderen Ländern ist die Lage der Industrie keine bessere, Ueberproduktion und Rückgang der Preise üben auch in England, in Frankreich, in Amerika ihre verheerenden Wirkungen aus. Aber nirgends zeigt sich das Bürgerthum so schwach wie in Deutschland. Ist eine bürgerliche Partei in der Opposition, so ist sie es auch ganz und geübt sich nicht, mit den extremsten Parteien gemeinsame Sache zu machen, um das für schädlich erklärte Regierungssystem zu stürzen. Wodenn z. B. die englischen Liberalen es für selbstverständlich erachten, sich mit den Irländern, diesen „Reichsfeinden“ vom echten Kaliber, gegen die Regierung zu verbünden.

Die besondere Schwäche des deutschen Bürgerthums ist auf eine ganze Anzahl historischer Faktoren zurückzuführen, sowie auf die Depravation durch die glorreichen Kriege und den damit verbundenen Kultus der Militärgewalt.

Wir erwähnen das, weil die einfache Zurückführung der Feigheit der bürgerlichen Parteien in Deutschland auf bloß wirtschaftliche Ursachen zu verhängnißvollen Schlüssen in Bezug auf die Ansichten unserer Partei verleiten kann. Haben wir vom deutschen Liberalismus — und dazu rechnen wir natürlich die Nationalliberalen nicht, wohl aber die sogenannten demokratischen Parteien — selbst für den Kampf um die bürgerlichen Freiheiten nichts zu erwarten, so haben wir doch zu nächst auch kein Interesse daran, ihn noch tiefer gedrückt zu sehen, als er es jetzt ohnehin ist. Die Niederlage des Liberalismus ist noch nicht der Sieg unserer Sache. An seine Stelle tritt mit immer brutalerer Kampfweise der moderne Absolutismus des feudalistischen Kapitals. Welche Waffen der schmiedet, um uns zu vernichten, haben wir gesehen.

Es wird sich also darum handeln, zu untersuchen, ob wir unsere bisherige Kampfweise für genügend wirksam halten, auch seiner Herr zu werden, seine gemeingefährlichen, auf die völlige Knechtung der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen zu nichte zu machen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 28. September 1887.

— Das Attentat auf das Wahlrecht ist beschlossene Sache und wird unzweifelhaft schon in der nächsten Session verübt werden. Es handelt sich zunächst nicht um die Erhöhung der Altersgrenze von 25 auf 30 Jahre; und auch nicht um die Abschaffung des geheimen Wahlmodus, obgleich beide Möglichkeiten für später ins Auge gefaßt sind. Man will sich vorläufig mit der Verlängerung der Legislaturperioden von 3 auf 5 oder 6 oder vielleicht auch 7 Jahre „begnügen.“ Für letztere Fall würde das englische Beispiel hergeholt werden, obgleich dieses nie die Faust aufs Auge paßt, denn England hat eine Regierung, die nach der Pfeife des Parlamentarismus tanzen muß, während es in Deutschland bekanntlich umgekehrt ist.

Auf die Tragweite der geplanten Neuerung brauchen wir uns nicht erst aufmerksam zu machen: daß die Beschränkung der Ausübung des Wahlrechts der Beschränkung des Wahlrechts selbst gleichkommt, liegt für jeden Denkfähigen auf der Hand. Wahlen wie die des 21. Februar d. J. kann man nicht häufig machen — jedenfalls nicht alle 3 Jahre. Und da ist es denn für die Herren Führer des allgemeinen Wahlrechts von allerhöchster Bedeutung, daß die Wahlen möglichst selten vorkommen, und die Frucht der gefälligen Wahlen möglichst lange in ungeprüfter Ruhe gewaschen werden kann. Und das wird durch die Verlängerung der Legislaturperioden erreicht — eine Maßregel, die von der „Wiziger Zeitung“, diesem gefährlichsten der Schreckenkinde, mit ebenso rührender als kompromittirender Offenherzigkeit als „Korrektur des allgemeinen Stimmrechts“ bezeichnet wird — eine „Korrektur“, wie die Diktatorien es sein sollte.

Als charakteristisch hier noch eine Bemerkung. Vor der letzten Reichstagswahl wurde von uns erklärt, die wahren Mächte der Regierung und der vereinigten Reaktionsparteien seien: 1) Erhöhung der Steuern und (schonigen) Volkslasten, 2) Einführung des Schnapsmonopols und 3) ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht. Die Regierung und die vereinigten Reaktionsparteien leugneten voll ständiger Enttäuschung jede derartige Absicht ab; und Kanzler Grafen-

gab sogar sein „Wort“, daß speziell kein Schnapsmonopol und keine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts geplant sei.

Wohlan — Alles, was mir gesagt ist eingetroffen. Die Vermehrung der Steuern und Volkslasten hat in einem Grad stattgefunden, den wir nicht einmal vorausgesehen hatten. Am Schnapsmonopol wird mit allen Kräften gearbeitet, und in der einen oder anderen Form wird es auch als Privatmonopol zu Stande kommen, und ein Privatmonopol ist noch zehnmal schlimmer als das Staatsmonopol. Und das Attentat auf das allgemeine Wahlrecht wird jetzt offen eingestanden. Und nicht bloß das: die „Post“ plaudert es aus, daß die geplante Verlängerung der Legislaturperiode schon im Winter, vor den letzten Wahlen, bei Vereinbarung des „Kar-teells“ von den Konservativen und Nationalliberalen beschlossen worden ist.

Es war dieses Attentat also schon zu einer Zeit beschlossen, wo die reaktionären Biedermänner heilig und theuer versicherten, daß sie an Derartiges nicht dächten, und wo unser Kanzler Eisenstein sogar sein Wort dagegen verpfändete — und zwar im preussischen Landtag, vor den versammelten Vertretern des Volkes.

Rum — die Sozialdemokratie wird auch diesen Streich der Reaktion siegreich überdauern, und sie kann sich nur freuen, daß ihre Feinde von ihrem politischen Bankrott so eskatant an die große Glocke gehängt und obenrein noch vor aller Welt das Brandmal des Wort-bruchs sich selbst auf die eiserne Stirne gebrannt haben.

— **Aus Berlin schreibt uns ein Genosse:**

Das Sozialistengesetz wird nicht wieder verlängert werden — behauptet ein zu den „Führern“ gehöriger Nationalliberaler nach Schluß der letzten Reichstagsession im Privatgespräch mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten. Ein ungläubiges Lächeln hatte eine noch empfindlichere Betheuerung zur Folge, und die hinzugefügte Bemerkung: „Dafür sind wir uns klar geworden, daß das Sozialistengesetz nichts taugt — sogar die Regierung weiß das.“

Daß die Herren Nationalliberalen missamt den Regierungen sich darüber klar geworden sind, daß das Sozialistengesetz „nichts taugt“ — das wollen wir gerne glauben. Aber gerade weil es nichts taugt, ist es für sie von so großem Wert.

Vor einigen Tagen schrieb Herr Schmöller in seinen „Jahrbüchern“ das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Gestalt könne nicht fortbestehen — man solle noch schärfere Ausnahmeregelungen gegen die wirklichen Umstürzler: gegen anarcho-sindere Verbrechen zurechtfinden und in der Praxis noch „draconischer“ zu Werke gehen, aber das jetzige Gesetz, das die Rasse der Arbeiter erbittert, müsse man so rasch als möglich aufheben.

Der Herr Professor wird vorzüglich von der „Berliner Volkszeitung“ abgefertigt, deren Ausführungen wir hier abdrucken wollen.

„Der Vorschlag“, schreibt das genannte Blatt, dessen soziale Haltung seit Erlaß des Sozialistengesetzes wir schon wiederholt anerkannt — „der Vorschlag ist so recht bezeichnend für die hoffnungslose Ver-worrenheit, die im Lager der Regierung und der amtlich patentierten „Wissenschaft“ in Sachen der sozialen Bewegung herrscht.“

Wir wollen ganz davon absehen, wie das Sozialistengesetz noch „draconischer“ gehandhabt werden soll, als bisher, und wie Herr Schmöller die unvermeidlichen Böden von den noch zu bessernden Schafen zu trennen gedenkt. Vielleicht hat der gelehrte Herr geheime Mittel in Bereitschaft, welche seinen Vorschlag in diesen Beziehungen zur allseitigen Zufriedenheit auszuführen gestatten. Aber der Gedanke selbst beweist unwiderleglich, daß Herr Schmöller sich noch nicht im Geringsten klar darüber geworden ist, worin denn eigentlich das geheime Grauen besteht, welches selbst ihm und seinesgleichen die Wirksamkeit des Sozialistengesetzes einflößt.

Was er will, ist im Wesen der Sache dasselbe, was der Reichstag vor neun Jahren wollte, als er das Sozialistengesetz beschloß. Nach dem damals von der Volkvertretung bekundeten Willen sollten nur die wirklichen Umstürzler durch die Ausnahmeregel getroffen, alle sonstigen Bestrebungen der Arbeiter zur Hebung ihrer Klassenlage aber ausdrücklich gesichert werden. Sechs Wochen lang stritt man in den schärfsten und weitestgehenden Verhandlungen über den Begriff des „Umstürzers“ und trieb ähnliche Haarspaltereien, bis man schließlich glaubte, die politische Willkür völlig aus dem Gesetze ausgeschlossen zu haben. Man hätte sie auch wirklich ausgeschlossen, etwa in der Weise, daß man ihr Thür und Thor sperrangelweit öffnete und dann den Eintritt durch einige Zwirnsfäden verperrte. Es gingen nicht einmal sechs weitere Wochen ins Land, bis alle diese Zwirnsfäden zerissen waren und die politische Willkür unter dem Schutze der Ausnahmeregel schaltete und waltete, wie es ihr beliebt. Nach neun Jahren hat sich die politische Willkür so ausgewachsen, hat sie so tief in die allerbesten Bestrebungen der arbeitenden Klassen eingegriffen, daß sogar Herr Schmöller einsteht, auf diese Weise könne es nicht weiter gehen, es sei denn unter tödlicher Gefährdung der nationalen Seftung. Aber statt nun nach Erkenntnis des Uebels die Finger auf die Wurzel desselben zu legen, statt klipp und klar zu sagen, wenn die Willkür einmal zum Gesetze erhoben sei, eine gesetzliche Begrenzung der Willkür unter allen Umständen ein Umding sein müsse, kommt er nach tiefem Nachdenken auf den glorreichen Vorschlag, noch einmal — den Schlag ins Wasser zu wiederholen, durch den der Reichstag vor neun Jahren das ganze Unheil angepöbel hat. Wirklich eine Sozialpolitik zum Lachen, wenn sie nur nicht — von einem Manne in der Stellung Schmöller's vorgebracht — eine Sozialpolitik zum Weinen wäre!

So die „Volkszeitung“.

Wenn der Schmöller'sche Vorschlag befolgt würde, dann hätten wir genau die alte Leier — nur daß Jeder, den man maßregeln will, als „Anarcho-sindere“ oder „Verbrecher“ bezeichnet würde, was geköpft wäre wie gesprungen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, also das amtliche Organ der Nationalliberalen, brachte unmittelbar nach der Schmöller'schen Auslassung eine Notiz, dahin lautend, daß das Sozialistengesetz allerdings nach Ansicht vieler den begabtesten Erwartungen nicht entsprochen habe, und daß in konservativen und nationalliberalen — also farsichtbrüderlichen — Kreisen, die Frage jetzt erwogen werde, ob es nicht zweckmäßig sei, dasselbe ganz fallen zu lassen und den Zweck durch Verschärfung des Strafgesetzbuchs zu erreichen.

Der alte Hänel'sche Plan.

Die Mitteilung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ wäre gewissermaßen eine Befähigung zu der Anfang von uns erwähnten Verschärfung eines nationalliberalen Abgeordneten — darf aber trotzdem nicht ernst genommen werden. Das Sozialistengesetz in seiner jetzigen Form ist den Regierungen so theuer geworden, daß sie freiwillig nicht auf das vorzügliche Rechtswort verzichten werden. Und die Majoritätsparteien des Reichstags werden, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, viel lieber für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen als für eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs, die unter Umständen ihnen selbst gefährlich werden könnte.

Es bleibt also bei der einfachen Verlängerung des Sozialistengesetzes. Und sie wird in der nächsten Session mit „affenartiger Geschwindschwindigkeit“ erfolgen.

Wiel eher ist Aussicht auf Befestigung oder Abänderung des Dynamitgesetzes vorhanden, das seinen Zweck lächerlich verfehlt hat und jetzt sogar von der Bohumer Handwerkskammer in ihrem Jahresbericht für unhaltbar erklärt worden ist. Das Dynamitgesetz ist aber auch so tödlich, daß nicht einmal die Polizei an ihm Gefallen haben kann — umsoweniger, als es ihre Macht in keiner Weise vermehrt, während das Sozialistengesetz die Polizeiwil-lür auf den Thron gehoben hat.

— **Eine Frage.** Ob aber die deutschen Arbeiter all' die Insanien, die man jetzt gegen sie plant, auch für sich zu ruhig hinnehmen werden? Ob sie politisch entredet, sich willenlos von der Polizei drangsalieren lassen werden, ohne von dem natürlichen Rechte aller Unterdrückten Gebrauch zu machen?

Wir werden die Frage nur auf, und überlassen es unsern Gegnern, sie sich selbst zu beantworten. Wir aber werden dann vielleicht zu den katholischen Priestern gehen und bei ihnen, die ja jetzt in Preußen-Deutschland wieder in Gnaden anerkannt sind, Rath einholen, welche Haltung dem öffentlichen Bertheidiger eines unterdrückten Volkes gebührt.

Es war am 13. August, da hielten die Irländer Chicagos

ein großes Volksfest, und ließen sich bei dieser Gelegenheit von verschiedenen ihrer Landsleute Reden halten. Unter Anderem trat der Priester — wohlgerückt, der katholische Priester Edward Hayes, auf und sagte mörlich:

„Wenn die englische Regierung (mit ihren Polizeimaßregeln gegen Irland) so fortfährt; wenn die Weltgeschichte sich wiederholt und die Königin-Park-Affäre (die Ermordung von Lord Cavendish und Selr. Burke) eine neue Auflage erlebt — nur in einem größeren Maßstab, so daß die Grundfesten Großbritannien davon erschüttert werden, dann — verflucht sei der Irlander, zehnmal verflucht, der dann seine Stimme erhebt, um die That zu verdammen!“

Wir haben nicht gehört, daß der Priester Edward Hayes für diese Worte von seinem Bischof zur Verantwortung gezogen worden sei.

— **Insam.** Im „Leipziger Tageblatt“ vom 18. d. Mts. (September-Sonntag) finden wir im Hauptblatt auf der zweiten Seite (5212) — erste Spalte — folgende redaktionelle Notiz:

„Daß man auch in Amerika mehr und mehr entschlossen ist, dem verbrecherischen Treiben der Anarchisten mit Nachdruck entgegenzutreten, muß jeden Bürger, welchem Lande er auch angehört mag, mit größter Befriedigung erfüllen. Es geht daraus hervor, daß man auch jenseits des Ozeans sich immer klarer darüber wird, daß die Konsequenz der sozialistischen Degerieren eine Gefahr für die Gesellschaft der ganzen Welt in sich schließt und daß die gebildeten und besitzenden Klassen der ganzen Welt sich solidarisch fühlen müssen. Wenn die Anarchisten von Chicago hingerichtet werden, so wird dies unter ihren Gesinnungsgenossen einen heilsamen Schrecken hervorrufen. Denn es ist eine Thatsache, daß die verbrecherischen Kundgebungen auch immer durch größte Freiheit sich auszeichnen. Für die amerikanischen Freistaaten wird dieses Exempel unmittelbar gute Folgen zeitigen, und der nicht ganz unberechtigte Ruf der Republik als eines sicheren Heils für politische Verbrecher — nicht Vergeben — wird mit der Zeit hoffentlich sich als unberechtigt erweisen.“

Dies die Notiz. Jedes Wort eine Gemeinheit; und da wir nicht jede der bei diesen wenigen Zeilen enthaltenen Gemeinheiten besonders säch-tigen können, so seien nur einige Hauptgemeinheiten herausgehoben. Zunächst die reptilische Vermengung von Anarchismus und Sozialismus, indem „das verbrecherische Treiben der Anarchisten“ als „Konsequenz der sozialistischen Degerieren“ bezeichnet wird. Und dann die bestialisches Freude über die erwartete Hinrichtung der „Anarchisten“! Daß das „Leipziger Tageblatt“ den Chicagoer Bomben-Prozess nicht kennt und folglich auch nicht weiß, auf welche saden-scheinige, lächerliche Indignität die Angeklagten verurtheilt worden sind — das wollen wir gern als „mildernden Umstand“ obwalten lassen, wenn die Gesinnungsgröße sich nicht in so — wir haben kein anderes Wort, wir müssen es wiederholen — in so bestialischer Weise äußerte.

Angekommen, die Beurtheilten seien mit Recht verurtheilt worden und hätten all' die „Verbrechen“ verübt, deren sie das „Leipziger Tageblatt“ für schuldig hält oder doch zu halten behauptet — erfordert nicht das einfachste Menschengefühl, daß angesichts des nahen Todes der Hah bei Seite gelegt wird? Erhebt das Schicksal eines zum Tod Verurtheilten, und wäre er der schwärzeste Verbrecher, nicht die Sympathien, das Mitleid eines jeden fühlenden Menschen? Natürlich reden wir nur von gebildeten oder kultivierten Menschen. Denn daß Hatten-toten und Kannibalen solche Gefühle nicht haben, ist allerdings richtig.

Das gebildete Publikum war einst einstimmig in der Beurtheilung der Todesstrafe, die ein Ueberreter der Barbarei ist.

Heute ist das anders. Unsere Bourgeoisie jubelt über die Hinrichtung politischer Gegner! Ja! Und nochmals Ja! Und da wir grade bei dem Kapitel der herrlichen sittlichen Bekommenheit sind, so sei hier noch erwähnt, daß die „Berliner Volkszeitung“ neulich in einem sehr gut geschriebenen Artikel den Verfall unseres viel-gewühnten Richtersstandes besprach und an zahlreichen Beispielen den Nachweis lieferte, wie unsere sogenannten „unabhängigen“ Richter im Dienste der Gewaltthäter das Recht beugen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat zu dem Artikel die alberne Bemerkung gemacht, der „Volkszeitung“ wäre es wohl lieber, wenn die Richter „demokratisch“ urtheilten — und, ohne es zu wollen, unbewußt hiermit die Parteilichkeit der heutigen Richter zugeben.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß einer der angesehensten deutschen Advokaten die Praxis am Reichsgericht abgelehnt hat, „weil dasselbe aus lauter Kreaturen der Reaktion zusammengesetzt ist und in allen politischen Prozessen nach Befehl von oben handelt.“

Die englische Sternkammer — sagten wir schon früher — wird einst als ein ehrenhafter Gerichtshof gelten neben dem deutschen Reichsgericht.

— **Eine Notiz zum Anknähen fürs Reichsgericht.** Ein deutscher Arbeiter schreibt uns: „Werthe Genossen! Durch einen vor Kurzem erfolgten Beschluß des Reichsgerichts ist nun auch der Besitz ver-botener Druckschriften eine strafbare Handlung, auch in ihm enthalten die Klagen Rechtsbrecher eine Anstiftung zur Verbreitung. Nun gibt es bekanntlich bald keinen deutschen Arbeiter mehr, der nicht im Besitz verbotener Schriften ist. Es werden also eine ganze Reihe von fernstehender Kreiter in Gefängnissen verfallen, wenn sie nicht vorziehen, diese gefährlichen Sachen früh genug zu verlieren. Wer kann sich heute vor verbotenen Schriften schützen? Wird nicht irgend ein Gemüthsblinder, der seinen Nachbar gern wegen Kezerei denunzieren möchte, sehr leicht ihm sozialdemokratische Schriften unterzuschieben ver-suchen? Wozu haben denn strebsame Polizeibüro, die gern „mit Erfolg“ hauszuhandeln, deren ganze Schranke voll? Doch nicht, damit sie dort verschimmeln? Bis hier haben alle Maßregelungen nur zu unserer Kräftigung gedient, und so wird's auch mit dieser gehen. Abgesehen davon, daß jetzt hoffentlich die Broschüren besser herumkommen werden, da sie Keiner, nachdem er sie gelesen, noch wird behalten wollen, wird der Vortheil für unsere Sache noch größer sein, wenn wir die Schriften nach Kräften gratis vertheilen.“

Der uns fernstehende Arbeiter wird, wenn er die Schriften von anderen Arbeitern auf deren Dingen hin gekauft hat, bei einer ein-tretenden Geldstrafe sich immer noch sagen können: „Das geschieht Dir ganz recht, weßhalb hast Du die Schriften angekauft.“ Hat er sie aber gekauft, so wird er einsatz sagen: „Donnerwetter, was kann ich denn dafür, wenn man mir etwas unter die Thür schiebt?“ Er wird wütend werden und ihm zum Bewußtsein kommen, daß er rechtlos dasteht. Darum, Genossen, laßt uns einen Fond für unentgeltliche Schriftenvertheilung annehmen. Die Expedition des „Sozialdemokrat“ kann die Vertheilung für die einzelnen Städte nach der Verbreitung des Organs vornehmen. Wir besaßen freilich damit indirekt die Strafen, welche uns das Reichsgericht zugebacht, und geben außerdem noch eine Summe Geldes mehr aus, insofern das darf uns nicht kümmern. Dafür sind die Richter momentan unsere besten Agitatoren. Ist doch das Reichsgerichtserkenntnis allein schon einige Tausende werth.“ — Der Vorschlag läßt sich hören.

— **Ueber eine wichtige Entwicklung im Orden der Arbeiter-ritter** lesen wir im „Phöbus, Tageblatt“:

„Man soll nie an einem Menschen verzweifeln. Dr. Pomderly ist von einem Theil der intelligentesten Arbeiter schon als ein verbrauchtes Werkzeug aufgegeben worden, aber mit Unrecht. Soeben hat er einen wahren Saltomortale gemacht: er ist über Nacht zu einem Beschwörer der Gewerkschaften geworden. Seine Verthei-gung, er habe darin seine Haltung nicht geändert, kann bloß ein Lächeln ablocken. Man denke nur an die Richmonder Konvention, wo er im Bunde mit den Leitern der großen gewerkschaftlichen Distrikte durch einen nicht weniger als sanfteren Schachzug die Anhänger der Gewerkschaftsbünde besiegte. Es ist nutzlos für ihn, seine ehemalige Feindschaft gegen die Gewerkschaften zu leugnen; man weiß nur zu gut, daß er sie als eigen-schuldig und engherzig verurtheilt, und er hatte dazu ja an dem Verhalten einer Anzahl amerikanischer Trades-Unions Grund genug gefunden. Sein Fehler war nur, daß er die Genden gewisser Hünste den gesamten Gewerkschaftsbewegungen auslud.“

Lassen wir nun ganz dahin gestellt sein, ob Saulus Pomderly aus vollster Ueberzeugung zu einem Paulus geworden ist, wenn er plötzlich die allgemeine Organisation der Gewerkschaften im Orden befürwortet, oder ob er nicht einem gebieterischen Zwang folgen muß: jedenfalls ist sein Vorschlag gut, und die Konvention in Minneapolis sollte ihn annehmen. Er will, daß jedes Gewerkschafts-Ordnung sich selbstständig organisire und — was das Erstaufrichtige — seine Angelegenheiten ohne Dreinreden vom General-Board (Vorstand) ordne.

Der Demokratie leistet er weiter einen gewaltigen Vorstoß, indem er, ganz nach dem Muster der bewährtesten Gewerkschaften, das Anordnen von Streiks nicht mehr von irgend welchem Board geschehen läßt, sondern von einem Beschluß der Mitglieder abhängig macht.

Das bedeutet eine radikale Reform im Orden, die aber auch höchst nothwendig war, wenn er nicht zerfallen sollte. Das „Tagebl.“ hat diese Wendung längst vorhergesehen. Es war ganz natürlich, daß, wenn der Orden den Charakter einer Kampf-Organisation besitzen sollte, die ihm aufgedrungen wurde, er sich dann auch entsprechend einrichten müsse. Er wird zum Gewerkschaftsverband und behält dabei doch die erzieherischen Funktionen bei, die ihn einer Anzahl alter Trades-Unions gegenüber auszeichnen.

Es ist nur schade, daß diese Reform zwei Jahre zu spät kommt. Der Orden würde hunderttausende von Mitgliedern mehr besitzen und nicht eine so lange Reihe von Niederlagen aufzuweisen haben, wenn er das gewesen wäre, was er jetzt werden soll.

Wir haben häufig Veranlassung gehabt, Pomderly zu tadeln; aber in seinem jetzigen Vorhaben hat er unseren wärmsten Beifall, und wir wünschen nur, daß er damit Erfolg haben wird.“

— **Zur Naturgeschichte des deutschen Bürgerthums.** Aus Thüringen erhält die „Frankfurter Zeitung“ die nachstehende Aufzählung:

„Zur Charakteristik des Geistes, welcher gegenwärtig in manchen deutschen Städteverwaltungen lebt, theile ich Ihnen nachstehend eine Episode aus den Verhandlungen des soeben stattgefundenen thüringischen Städtetages in Weisfeld mit. In dieser Versammlung von 45 größeren und kleineren thüringischen Städten kam auch die Frage der Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte, wie dieselben durch die Reichsgewerbeordnung von 1869 § 108 Abs. 3 gestiftet sind, zur Besprechung. Der Referent Stadtrath Bollbaum aus Erfurt legte die Vortheile und Nachtheile der schon seit Jahren in Erfurt bestehenden Gewerbegerichte dar und schloß damit, die weitere Ausbildung und Einrichtung derselben zu empfehlen. Als Korreferent fungirte Herr Stadtrath Löwe aus Gera. Derselbe bestränkte sich darauf, in strammer Weise das Urtheil aus dem Briefe eines Herrn Stadtraths Müller in Chemnitz wiederzugeben. Dieses Urtheil des Chemnitzer Stadtraths lautete: Die Gewerbegerichte seien nur eine neue Handhabe (!), die man den Sozialdemokraten in die Hand gebe, damit jeder Arbeiter ohne Verhältniß von der Sache mitreden könne. Für ihn sei die Sache weiter nichts als eine der vielen in der Regel auftauchenden Modestücken. Die Majorität der Versammlung der thüringischen Stadträte in Weisfeld schloß sich dieser Müller-Löwe'schen Auffassung an! Also eine von Reichstag und Reichsregierung beschlossene, in ein vom Kaiser genehmigtes Gesetz aufgenommen Bestimmung wird von den Herren des thüringischen Städtetages als eine neue Handhabe für die Sozialdemokratie, als eine aufgetauchte Modestücke betrachtet. Derartige Dinge müssen ins Licht gestellt werden. Auf welchen bedenklichen Bahnen müssen sich gewisse Kreise bewegen, wenn sie eine rechtsgewaltig gestaltete, im Interesse des Friedens und friedlicher Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern geschaffene Einrichtung handhaben für die Sozialdemokratie nennen. Herr Stadtrath Löwe, der vor 2 Jahren aus Preußen (Bromberg) kam, in Gera auf 6 Jahre zum Stadtrath gewählt wurde, ist fol-gend geäußert.“

Letzteres erklärt seine Stellungnahme in ausreichendem Maße. Ein Jünger Buttlers kann nicht anders handeln, als er gethan. Diefen Jungergeheimnis ist eigentlich Alles, was von dem alten Herrgeheimnis übrig bleibt, „Modestücke“. Der Arbeiter in irgend einer Sache auch mitreden? Unerbitt! Das ist Unfluth, das ist Sozialdemokratie.“ So meint Pomderly, und so denken auch seine Genossen. Darüber steht Wort weiter. Die aber im ebenem freimüthigen Mitteldeutschland das Bürgerthum moralisch immer mehr verkommt, der Verpeinung sozialer Entgegenkunft, dafür ist allerdings das Vorbeden ein charakteristischer Beitrag. Soweit diese Häute nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, ist sie ohne Zweifel eine Folge der glorreichen Ereignisse der Jahre 1870 und 1871.

— **Auch ein Beitrag zur Frauenfrage.** In Breslau sind bei der Neuflastung einer Straße Frauen beschäftigt, obwohl es an arbeitslosen Männern dazwischen nicht fehlt. Wir sind überzeugt, daß wenn den biederern Stadtbürgern, die die Einstellung der Frauen als Steinsetzern, wenn nicht direkt bewirken, so doch mit Seelenruhe dulden, der Vorschlag gemacht würde, Frauen zu den städtischen Kremlen — notabene, den h d h e r e n, — zuzulassen, sie sich mit stiblicher Entrüstung dagegen auflehnen würden, weil eine solche Thätigkeit „unweiblich“, dem Beruf der Frau jnwidert“ sei. Eber den ganzen Tag auf den Knien ruhend oder höfend schwere, schmerzliche Steine zu verlegen, das ist natürlich der Frau durchaus angemessen, darunt-leidet die „Weiblichkeit“ nicht im Geringsten.

Es giebt nämlich zweierlei Arten Frauen: solche die man ausbeutet und solche, die man — liebt. Für die Ersteren ist keine Arbeit zu groß, für die Letzteren jede ernsthafteste Beschäftigung von Uebel. Sie sollten ihren Körper pflegen, und ihren Geist nur insofern, daß sie den Herrn der Schöpfung „verstehen“. Stellt 1000 Bourgeois vor die Wahl zwischen einer Sans und einem weiblih — nicht bloß schöngeistig — gebildeten Weibe, und es werden, wenn die sonstigen Verhältnisse und namentlich die Geldverhältnisse die gleichen sind, 999 die Sans wählen. Denn kein größerer Gesueel vor dem Herrn als eine Frau die mehr weiß als ihr Mann. Lieber mag sie — Straßen pflastern.“

— **Die Chimborasso-freiheit der „Neuen Rheinischen Zeitung“**

— so schrieb im Jahre 1849 die „Kreuzzeitung“, als das von den bösen „Komunisten“ Marx, Engels und Wolff redigirte Blatt trotz freigelegter Kontro-Resolution unverzagt die Fahne der Demokratie hochhielt. Damals gehörte die „Rheinische Zeitung“ zu den „Heulern“. Sie konnte nur jammern über die Niederlage des liberalen Bürgerthums, die sie selbst mitverschuldet. Heute möchte man von der Chimborasso-freiheit der „Rheinischen Zeitung“ reden — natürlich nicht in Bezug auf die Vertheidigung von Volkrechten, sondern in Hinsicht auf die schamlose Verhöhnung aller Rechtsbegriffe, mit der dieses weiland liberale Blatt den Tag des Bismarck-Jubiläum in seiner Kegeleiert. Daß dem Kaiser zu Ehren gelogen wird, was nur das Zeug hält, daran ist man allmählig gewohnt, weiß doch nachgrade alle Welt, daß Bismarck zwar in vielen Dingen groß ist, aber in keinem so groß als in der Rellama. Barnum war ein Stümper gegen Deutschlands großen Otto. Aus allem, was auf dem Welttheater heute vor sich geht wird in den ungläubigen Blättern und Blättern, die den Ruhm des großen Kanzlers zu verkünden haben, ein barnumhafter Erfolg desselber herausgel-ten. Daß trotz aller dieser großen Erfolge Deutschlands politische Lage immer prekärer wird, beeinträchtigt den Ruhm Barnum-Bismarcks nicht im geringsten. Und wenn B den Karren eines Tagelohners in den Dreck gefahren, so bleibt ER doch groß, riesengroß, unüber-trefflich. Nur der Karren trägt dann die Schuld, nicht ER.

So konnte man denn auch für den 23. September, da Bismarck sein 25jähriges Jubiläum als preussischer Minister feiert, aus Reichsamtliche schreibender Art von Seiten der Bismarckpresse, auf die unverkennbarsten Attentate auf die geschichtliche Wahrheit gefaßt sein, und ist in diese Erwartung auch natürlich nicht getäuscht worden. Hätte eines dieser liebenswürdigen Blätter geschrieben: Bismarck hat die Welt erschaffen, Bismarck hat Rom erbaut, Bismarck hat das Pulver erfunden, so würd sich kein Mensch darüber gewundert, Niemand etwas dagegen einzuwenden. Denn die Welt besteht, Rom ist erbaut worden, und das Pulver ist auch erfunden worden. Hat Bismarck zufällig das Pulver nicht erfunden, so hätte er es sicher erfunden, wie er ja manches andre Große und Schöne erfunden hat, wie z. B. den Volkswirtschaftsdrath, den preussischen Staatsrath u. c. An solchen Dichtungen genügt es aber der „Rheinischen Zeitung“ noch nicht. Das Reichsblatt vom Rheine muß immer etwas voraus haben. Und so ging es hin und schrieb, daß das deutsche Reich Bismarck'scher Schöpfung eine Verfassung erhalten habe, welche

„ein Maß politischer Freiheit gewährt, so vollgemessen wie in irgend einer Monarchie oder Republik der Welt.“

Wohr! zu solcher Leistung nicht ein Chimborasso von Freiheit! Freilich, nicht von jener „Freiheit“, die das Berliner Junkerblatt an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ demüthigte, nicht von jenem trostlosen Ruch, der der siegreichen Gewalt bis zum letzten Augenblick die Stirn bietet, sondern von der traurigen Karrikatur des wirklichen Ruches, von jener fittlichen Verkümmertheit, die gegenüber der offenkundigen Wahrheit an der Lüge festhält, sobald die Lüge irgend einem ihrer egoistischen Zwecke dient. Ein Chimborasso von Bervorfenheit ist erforderlich, um Deutschland, das Land der Ausnahmegerichte, der Diktaturparagrafen, der Ausweisungspraxis, der Geheimbundprozesse, der Diktaturprojekte, der Dynamik der Volksovertretung und der Allmacht der Polizei, als ein Land der „vollgemessenen“ politischen Freiheiten zu preisen. Die massenhaften Ausweisungen, der gewissenlose Raub von Tausenden von Familien existieren nicht für die „Königliche“. Dieselben betreffen ja fast nur Arbeiter, und die zählen eben einfach nicht. So wenig wie die armen „Russen“ zählen, die das „freie“ Deutschland ins Elend jagte, und so wenig die „wiedergewonnenen“ elendlichen Brüder zählen, die unter dem Diktaturgesetz für die deutsche Freiheit brangen kampflos zu werden.

Ein Chimborasso von Verkommenheit, in dem Augenblick von „vollgemessenen“ politischen Freiheiten“ zu rekonstruieren, wo man drauf und dran ist, ein der elementarsten Volkrechte abzumuscheln. Warum dann nicht lieber gleich Lügen „zu voll gemessen“?

Wir fordern die „Königliche Zeitung“ auf, uns ein Land der Welt, ob Monarchie oder Republik, zu nennen, dessen arbeitende Bevölkerung die deutschen „Freiheiten“ gegen die heimischen Zustände eintauschen bereit wäre. Selbst der Jesuit, für den die Königin so oft tiefes Mitleid gefühlt, würde sich schonstens bequemen. Er ist durch ein Zwangsrecht politisch gefesselt, aber er ist nicht rechtslos, man kann ihn nicht, gleich einem wilden Thier, von Ort zu Ort ziehen, wie den deutschen Arbeiter.

Nun, es kommt wohl noch die Zeit, wo der deutsche Arbeiter der „Königlichen Zeitung“ und ihren Hintermännern den Dank wird abstatten können für die zarte Fürsorge, mit der sie heut seiner denken. Hoffentlich wird er dann nicht vergessen, ihnen die „Freiheit“, die er heute genießt, auch einmal zu kosten zu geben, und zwar so recht — „vollgemessen“.

— Was Streiks kosten und was sie einbringen. Wir lesen in der trefflich redigierten „Deutsch-Amerikanischen Wäcker“ S. 7: „Sechshundertdreißig Millionen Doll. haben die Streiks des vergangenen Jahres gekostet“ — ruft die kapitalistische Presse aus, und dann folgen die bekannten guten Lehren. Nehmen wir nun ihre Fisser als Korrektur an, lassen wir auch weiter hingehen, daß vielleicht die Hälfte der Arbeits-Einstellungen Lockouts waren und setzen wir einmal zu, ob die Rechnung sich wirklich so schlecht für die Arbeiter stellt.

Die Zahl der Lohnarbeiter ausschließlich der des Ackerbaues darf man wohl auf etwa sechs Millionen veranschlagen. Somit trübe auf den Kopf sechs Dollars per Jahr oder etwa elf Cents per Woche. Nehmen wir nun aber an, die Löhne der Arbeiterklasse im ganzen Lande seien während dieses denkwürdigen Jahres nur um fünf Prozent erhöht worden, was einfach ohne diese Streiks nicht geschehen wäre, deren indirekte Folgen im ganzen Lande sichtbar wurden und viel mehr „freiwillige“ Lohnsenkungen eingetragen haben, als direkt erzwungen wurden. 350 Dollars als Durchschnittslohn genommen, ergäbe Dollars 17.50 Zuwachs, wonach sich also die Bilanz nicht über für die Arbeiter stellt.

Allein das ist noch nicht Alles. Die meisten Streiks des vorigen Jahres wurden zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit geführt und so haben dieselbe Hunderttausenden von Arbeitern bedrückt. In Geld läßt sich dieser Schaden nicht abschätzen. Aber diese Ertragslosigkeit allein wäre viel mehr werth als die einmalige Ausgabe von sechs Millionen Dollars.

Eine Gesellschaft, die übrigens konstant einen „Ueberfluß“ von Arbeitskräften hat, die keine Verwendung finden können, einen Ueberfluß, der sich manchmal auf Millionen steigert, hat kein Recht, sich darüber aufzuhalten, daß die Arbeiter es manchmal vorgehen, einige Tage und Wochen nicht zu schuften, wenn man sie gerade haben will, ohne auf ihre Bedingungen einzugehen.

Streiks sind Nothbehelfe in dieser chaotischen, von Interessen-Gegensätzen durchzogenen wirtschaftlichen Welt. Wer sie abgelehnt, wenn man, muß diese Gegensätze beistimmen. Durch die Berechnung und Vorkhaltung ihrer Kosten ist man aber die Streiks nicht aus der Welt. Der Arbeiter hört diese Fisser und die daran geknüpften Tiraden — und es dreht Alles beim Älten. Klaut er für seine Arbeitsleistung bessere Bedingungen herauszuschlagen zu können, so wird er es versuchen — und scheitern, wenn es nicht anders geht.

Daß die Arbeiterklasse als Ganzes dabei nicht verliert, sondern gewinnt, weiß ihr die kapitalistische Presse selbst nach. Für jene handelt es sich also nur darum, die Kosten möglichst gleichmäßig unter alle Arbeiter zu verteilen. Es Cents die Woche kann schließlich Jeder zum allgemeinen Fond beitragen und diese Ausgaben werden reichlich ersetzt.

Was richtig. Und dabei hat die „Wäcker“ noch eines zu erwähnen vergessen: Den Wegfall der Lohnsenkungen, die sonst unsehbar eingetretten wären, aber durch die Streiks, beziehungsweise durch die Streikbereitschaft der Arbeiterorganisationen, verhindert worden sind.

— Das vorige Woche erfolgte Verbot der „Hamburger Bürgerzeitung“ unterscheidet sich in einem wesentlichen Punkte von früheren Verböten dieser Art: die „Hamburger Bürgerzeitung“ erschien im Besitz und unter der Redaktion eines Mannes, welcher notorisch der demokratischen Partei angehört. Wenn das Verbot durch die Reichsjustizkommission bestätigt wird, so ist damit festgelegt, daß auch die Organe anderer Parteien als der sozialdemokratischen unter das Schwert des Sozialistengesetzes fallen, wenn sie Artikel oder Einblendungen bringen, die entweder von Sozialdemokraten ausgehen, oder von der Polizei für sozialdemokratisch gehalten werden.

Damit hätte die Sense des Sozialistengesetzes einen viel längeren Stiel erlangt. Und die Polizei kann nun nach Belieben in weiterem Umkreise mähen als bisher. Die bürgerliche Oppositionspresse möge sich hüten!

— Am Nachdruck wird gebeten. Wie die Zeitungen melden, erfolgte das Verbot der „Bürgerzeitung“ nachträglich wegen eines Artikels „Foros is no remedy“ — Gewalt ist kein Heilmittel, erschienen in Nr. 219 des genannten Blattes vom 18. September. Wenn man den Artikel nachliest, so sagt man sich erstaunt an die Stille und fragt: Wie ist es nur möglich, darauf ein Verbot zu begründen? Keine Spur von Aufreizung, keine Spur von Ausweitung, lediglich wird an Hand der irischen Vorgänge nachgewiesen, daß Gladstone Recht hatte, als er vor fünf Jahren den Ausspruch that: „Gewalt ist kein Heilmittel.“ Als Zeichen, was heute in Deutschland alles „staatsgefährlich“ ist, lassen wir den Schluß des Artikels hiermit folgen.

Derselbe lautet: „Der weitestgehende Aufstand, blutige Unterdrückung — zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die irische Geschichte. Und fünfzig Jahre hat es gedauert, bis die Lehre verstanden wurde. Foros is no remedy! Kein, die Gewalt ist kein Heilmittel. Die Gewalt ist nur die Mutter der Gewalt. Sie gleicht der bösen That, die „fortgehend Böses muß gedären“. Sie läßt die Drachensaat der Wuth und des Mordes, sie verflümmelt das Uebel, zu dessen Heilung sie von traurigen Pflüchern verwendet wird.“

Seider sind die Pflücker noch „nicht alle“. Auch in England sind sie jetzt wieder an der Arbeit; Blut ist schon geflossen in Irland und mehr Blut wird fließen. Wie lange soll das so fortgehen? Wie lange wird es dauern, bis die Arbeiter in ihrer unwiderrücklichen Mehrheit zu der Erkenntnis gelangt sind: „Gewalt ist kein Heilmittel!“

Und das darf man in Deutschland nicht sagen! Jeder Zweifel an der Allmacht der Gewalt ist streng verboten, wäre er doch ein Zweifel an der Unfehlbarkeit der deutschen Staatslenker, an der Vortrefflichkeit der deutschen Politik, deren A und O die Gewalt ist. Ja, da der

Zweifel an der Allmacht der Gewalt die Möglichkeit besagt, daß die Gewalt auf Hindernisse, auf Widerstand stoßen könnte, erklärt er damit diesen Widerstand nicht unter Umständen für gerechtfertigt? Also — Aufforderung zum Widerstand, zur Rebellion, zum Umsturz. Was zu bemerken war.

Und so ist das Verbot gerechtfertigt, und Deutschland — hat die freieste Verfassung.

— Ungehener radikal. In der letzten Nummer des „Revolt“ — derselbe hat inzwischen infolge einer Zertheilung sein Erscheinen eingestellt und ist durch ein neues Blatt mit gleicher Tendenz, „La Revolte“ (Die Rebellion) ersetzt worden — stoßen wir auf folgenden Satz:

„Es hat sich in der vorigen Nummer des „Revolt“ ein Satz eingeschlichen, welcher möglicherweise mißverstanden werden kann. Mit Bezug die Demonstrationen in Roubaix wird gesagt, daß die Anarchisten sich des Kapitals bemächtigen wollen, um es zur Verfügung Aller zu stellen. Ich weiß wohl, daß in der Sprache der Ökonomen Kapital alles Das bezeichnet, was Eigentum ist: die Erde sowohl als die Gebäude, die Maschinen und die Banknoten; aber im gewöhnlichen Sprachgebrauch bezeichnet es die letzte Kategorie, das, was die Gelehrten Tauschkapital nennen. Es ist selbstverständlich, daß alles Das, was der Menschheit von Nutzen sein kann, zur Verfügung Aller gestellt werden muß, so der Boden, die Wohnungen und die Maschinen. Was jedoch das Kapital, das Geld, anbetrifft, so werden wir es am Tage der Revolution überall da, wo wir es antreffen, vernichten. In's Feuer mit den Banknoten, mit den Rententiteln, mit den Aktien und den Staatsguldenscheinen! In's Feuer mit den Zivildienstbüchern, mit den Papieren des Notars, des Gerichtsschreibers, des Gerichtsvollziehers, sowie des Einnehmers oder der Ausgabebefehlsbesitzer. In die Höfen mit dem Gold, dem Silber, dem Nickel. Man wird diese Metalle schon wieder finden, wenn sie industriellen Unternehmungen von Vorteil sein können oder wenn eine Karren sich wie die Widren damit schmücken wollen. Vorläufig aber laßt uns das Kapital zerstören. Es ist die Abschaffung des Tauschwerthes, welche allein der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende machen kann.“

Wie gesagt, das klingt unheimlich radikal und ist doch so spielfähig gedacht, wie nur etwas. Den Tauschwerth abzuschaffen, das läßt sich noch hören, denn das ist die naturgemäße Folge der Forderung der Warenproduktion durch die gesellschaftlich organisierte Produktion der Gebrauchswerte. Wie aber will der Anarchist den Tauschwerth abschaffen? Dadurch daß er die Tauschwertheigen vernichtet. Also haben wahrscheinlich die Tauschwertheigen den Tausch geschaffen, und nicht umgekehrt der Tausch den Tauschwerth und die Tauschwertheigen — eine Verfehlung, an der bekanntlich die kleinbürgerlichen Sozialisten seit Dims Zeiten gelitten haben, die aber auch noch jedesmal, wo sie in die Praxis überführt werden sollte, jämmerlich danktrotzt machte. Den Tauschwerth und die Tauschwertheigen kann man überhaupt nicht „abheben“, so wenig wie den Staat; man kann sie nur über gesellschaftlichen Noth entscheiden dadurch, daß man sie nach und nach überflüssig macht, d. h. durch zweckentsprechende einheitliche Organisation der Produktion und der Verteilung der Gebrauchswerte. Davon will aber der Anarchist nichts wissen, er will und kann den Tausch nicht entbehren, und darum mag er die Tauschwertheigen vernichten, jerschmelzen, zerstampfen, soviel er kann, sie werden ihm immer wieder als Wege kommen — namentlich aber, wenn er so geschieht ist, die Edelmetalle in Form von Schmuckstücken etc. im Bereiche der anarchischen „freien Gesellschaft“ zu dulden.

Obenso verhält es sich mit der schönen Phrase „den Boden, die die Wohngebäude und die Maschinen Allen zur Verfügung stellen.“ Sie klingt unheimlich radikal und läuft in der Praxis auf die lächerlichste Utopie hinaus. Da „Alle“ im Munde des Anarchisten keineswegs die organisierte Gesellschaft bedeutet, so bedeutet sie lediglich einen Befehl in den Personen der Eigentümer, nicht im Eigentumsystem. Die „man“ aber z. B. irgend eine Dampfmaschine „Allen“ zur Verfügung stellt, das ist vorläufig Geheimniß der Anarchisten.

— Kommet her zu mir, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken! „Komm, ich will dich erquicken“, lesen wir in einer amerikanischen Arbeiterzeitung, „Breiten bereits die Arbeiter in den Gemüthern in Atlanta, die für einen Tagelohn von Doll. 1.25 bereit wären, ihre Gesundheit in die Schanze zu schlagen, aber selbst das nicht bekommen können und obendrein auf ihr Recht zur Bereinigung verzichten sollen. Eine bemerkenswerthe Episode in diesem Kampf ist, daß der lutherische Pfaffe dieselben in den Ausländern den Besuch der Kirche verboten hat. Es sollte dies zwar gar nicht nötig sein, um die Arbeiter der Anstalt dieses Herrn für immer fern zu halten, aber bezeichnend genug ist der Fall immerhin. Die Kirche ist eine Ausbeuter-Kirche, mit der das arbeitende Volk nichts zu schaffen haben soll.“

— Frankreich. Aus Roubaix (Nordfrankreich) wird uns geschrieben: Sie werden vor Kurzem in den Zeitungen gelesen haben, daß hier eine Arbeiter-Emeute stattgefunden. Nun, davon kann keine Rede sein; es waren wohl einige Tote 100 bis 150 beschuldigungslose Arbeiter vor dem Stadthaus versammelt, einige sind dann zum Tode gegangen, ohne daß man bis heute erfahren hätte, was dieser ihnen geantwortet, daß ist aber auch alles. Leider könnte man eigentlich sagen, denn mit der Arbeit steht es hier sehr schlecht, die Zahl der Arbeitslosen ist enorm. In Fabriken, in denen gegen 400 Stühle gingen, geht jetzt kein Einziger mehr, und alles fragt sich wie es im Winter werden soll. Man muß sich in der That wundern, daß hier in Bezug auf die Agitation so gar nichts zu merken ist; seitdem aber die Kooperativ-Genossenschaft gegründet ist, hört man kein Wort mehr von politischer Thätigkeit. An Festsitz ist der Tanz die Hauptsache — um das Lokal und die Auslagen zu decken, wie es heißt. Es haben sich schon viele deshalb zurückgezogen, und es wäre vielleicht besser gewesen, die „Kooperative“ wäre gar nicht gegründet worden!

Am nächsten Dienstag soll nun eine Versammlung stattfinden, um zu beraten, was in Bezug auf die Arbeitslosigkeit zu thun ist. Hoffentlich bringt sie Leben in die Bewegung.

— Aus Italien. Mailand, 20. September. Der Kongreß der italienischen Arbeiterpartei hat einen glänzenden Verlauf genommen. Circa 100 Arbeitervereine aus allen Theilen Ober-Italiens waren vertreten. Ich nenne hauptsächlich die organisierten Arbeiter von Mailand, Brescia, Turin, Genua, Alessandria, Cremona, Benebig, Bologna, Imola, Novarra, Como und Mantua. Raffisch waren besonders zahlreich die Arbeiter von Pavia vertreten, als der Stadt, in welcher der Kongreß stattfand.

Der Stadtrat von Pavia hat sich merkwürdig wohlwollend gegenüber den versammelten Proletariern benommen, die noch vor wenigen Monaten als „Rebellen“ die Gefängnisse füllten, indem er denselben zu ihren Verhandlungen ein städtisches Lokal zur Verfügung stellte.

Ueber die Arbeiten des Kongresses, welcher zwei Tage dauerte und gestern, den 19. da., geschlossen wurde, behalte ich mir vor, in der nächsten Nummer ausführlich zu berichten. Für heute nur soviel, daß allen Verfolgungen zum Trotz die Reorganisation der Partei vollständig gelungen ist. Als Sitz des Zentralkomitees für das nächste Jahr wurde Alessandria bestimmt, das Parteiorgan, „Il Fascio Operaio“, verbleibt auch ferner in Mailand. Sehr erfreulich und geradezu überraschend war die Wahrung des großen Fortschritts, welchen das Klassenbewußtsein und die Idee des Klassenkampfes unter den italienischen Arbeitern in letzter Zeit gemacht hat.

Unter den Anwesenden nenne ich noch den Genossen Andrea Costa, sozialistischer Deputirter in der italienischen Abgeordnetenkammer, sowie Oscar Bertoja, Vertreter der italienischen Arbeiter in Zürich und Thakweil bei Zürich.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag! Rauwurf.

— Amerika. Der Bruch zwischen den Anhängern Henry George's einerseits und den Sozialisten und den zu diesen haltenden Arbeitergruppen andererseits hat zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei geführt, die den Titel „Progressive Labor Party“ (Vorgeschrittene Arbeiterpartei) trägt und deren „Plattform“ (Affektionsprogramm) in ihren wesentlichen Punkten folgendermaßen lautet:

„In Erwägung, daß die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen der Stadt New York, indem sie die Nothwendigkeit blühender Wachsamkeit und vereinten Handelns anerkennen, eine repräsentative Körperschaft, welche als die „Central Labor Union“ bekannt ist, gegründet haben; und

„In Erwägung, daß es deren ausdrückliche Absicht in ihrem Vorhaben war, sich gegenseitig in ihren politischen und industriellen Kämpfen zu unterstützen“, gegen die Reberhandnahme einer kapitalistischen Oligarchie, welche den Arbeitern und der amerikanischen Freiheit feindlich gesinnt ist; und

„In Erwägung, daß wir mit der „Central Labor Union“ der Ansicht sind:

- 1) „Daß der Grund und Boden eines jeden Landes das soziale und gemeinsame Erbe des Volkes ist.“
- 2) „Daß die Arbeit alle Reichtum erzeugt“, welche die Werkzeuge in sich begreifen, mittelst deren allein die Naturkräfte dem Menschen zugänglich gemacht werden können.
- 3) „Daß Allen daher „die freie Benutzung des Grund und Bodens“ und der Arbeitsmittel gestiftet sein sollte, „ohne den Landlords oder den Monopolisten Tribut dafür zu entrichten.“
- 4) „Daß unter der gegenwärtig herrschenden industriellen Produktionsweise zwischen der Arbeit und dem Kapital keine Harmonie bestehen kann“, da dieselbe die industrielle Entwicklung entweder einwürgt oder gar dadurch unterdrückt, daß sie den amerikanischen Volksmassen ihre ununterschiedlichen Rechte auf Leben, Freiheit und dem Streben nach Glückseligkeit abspriecht.
- 5) „Daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen von den arbeitenden Klassen selbst errungen werden muß“, mittelst „Etablierung“, wie die Rights of Labor sie fordern, von kooperativen Institutionen“, welche die Lohnarbeit durch Einföhrung einer kooperativen Produktionsweise ersetzen werden. . . .

Beabsichtigen, daß wir, um die große amerikanische Bewegung der Massen gegen die Klassen in ihren naturgemäßen Grenzen zu erhalten, uns unter dem Namen Progressive Labor Party als eine unabhängige, politische Körperschaft organisieren, welche von Anfang an und permanent von den beglaubigten Repräsentanten der wirklichen Arbeiterorganisationen, der Lohnarbeitern und Produzenten dieser Stadt, dieses Staates und der Ver. Staaten kontrolliert werden soll.

Beabsichtigen, daß wir, um dem Volk sofortige Erleichterung durch die Abschaffung verhaßter Unrechte und durch die Reform großer Mißbräuche zu verschaffen, folgende Forderungen aufstellen:

- 1) Acht Stunden sollen einen Arbeitstag konstituieren.
- 2) Kinderarbeit in allen Berufen soll verboten sein.
- 3) Frauenarbeit in allen Berufen, welche der Gesundheit oder der Moral Eintrag thun, soll abgeschafft werden.
- 4) Gleiche Bezahlung für beide Geschlechter für gleiche Arbeit. Wöchentliche Auszahlung der Löhne in gesetzlichem Gelde; keine „Lohn“-Bezahlung fernherin.

Erstes „Votum“ (Schuldberechtigung) für die Löhne der Arbeiter. Aufführung gerechterer Gesetze für die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber über ihren Arbeitern gegenüber.

Abschaffung des Kontraktsystems in den Gefängnissen und an den öffentlichen Arbeiten.

Durchgreifende Reform des Tenementhaus-Systems.

Abschaffung der Tenementhaus-Cigarettenarbeit, wie aller anderen Art von Tenementhausfabrikation.

Sanitäre Inspektion von Minen, Fabriken, Wohnhäusern und aller Arbeitsräume.

Strenge Durchführung des Gesetzes, welches die Importation fremder Kontraktarbeiter verbietet.

Strenge Durchführung aller nützlichen Arbeitergesetze, welche gegenwärtig Bestand haben.

Gleiches Bürger- und Wahlrecht ohne Rücksicht auf das Geschlecht.

Widerruf aller Verordnungen, welche die Trampgesetze und aller Klassenprivilegien und Privilegien.

Keine Bunkertons mehr, keine bewaffneten Banditen in der Bezahlung des Kapitals.

Beabsichtigen, daß wir, um den Marsch des Fortschritts in der Richtung zu halten, welche von obigen Prinzipien angedeutet wird, folgende Anforderungen stellen:

Der Gemeinbesitz und die Gemeinverwaltung von Eisenbahnen, Telegraphen, Spinn- und Dampfmaschinen, Telephonnen, Gas- und Wasserwerken und aller Industriezweige, welche den Gebrauch von Freibleien oder die Ausübung öffentlicher Funktionen in sich begreifen.

Die direkte Ausgabe von Metall- und Papiergeld seitens des Nationalen Schatzmeisters ohne die Vermittlung der Banken.

Als ersten Schritt, um dem Volk sein natürliches Erbe wiederzugeben, befürworten wir eine Spezialsteuer auf unbebautes Land, die jedoch hoch genug sein muß, um die Bebauung desselben zu erzwingen oder die Spekulanten, welche dasselbe brach liegen lassen, zu nöthigen, dasselbe dem Gemeinwesen wiederzugeben.

Wir befürworten ferner eine Steuer auf Einkommen, die mehr als 2000 Dollars jährlich betragen, aber so gradirt sein muß, daß sie am leichtesten auf den großen Einkommen der monopolistischen Klassen und Korporationen lastet, damit auf diese Weise die Lasten der Arbeiter, Produzenten und Volksmassen wesentlich erleichtert werden.

Zu demselben Zweck befürworten wir fernerhin die Befreiung von allen Steuern für die durch chaotischen „Home-rents“, Formen, Jobbrosen, Wertzeuge und sonstiges Eigentum im Werthe von weniger als 2000 Dollars, welches von den Besitzern produktiv gebraucht und nicht an Andere vererbtet wird.“

Korrespondenzen.

— Aus Thüringen, 20. September. Unser Thüringen scheint mit Vorliebe von Schwindlern und Bauernlängern besucht zu werden, die hier unter dem Deckmantel sozialdemokratischer Bestimmung die Parteigenossen plündern und ausbeuten. Vor Jahr und Tag war es Herr Schwennhagen, der die verschiedenen Orte beluchte und abgraste, überall einen tüchtigen Pump anlegte, soweit die Parteigenossen dumm genug waren, sich von seiner Persönlichkeit und seinen Äußerungen betören zu lassen, jetzt ist es der in Berlin unendlich gewordene sogenannte Dr. Büttgenau, der sich wiederum Thüringen als Operationsfeld erkoren hat und seit sieben Monaten sich mit Betrügereien, Schwindelacten und Geschprellereien recht angenehm durchs Leben schlägt. Besonders hat er die Gutnützigkeit der Apoldaer Genossen ausbeutet, ganz wie Schwennhagen, von dem er erfahren zu haben scheint, wie leicht es Schwindlern fällt, wenn sie nur mit einem Doktor- oder ähnlichen Titel und dem nöthigen Rummel ausgestattet sind, bei unsren Genossen Vertrauen und die größte Opferwilligkeit zu finden. Belagert Büttgenau hat nicht nur Schanden gemacht, wo er solche machen konnte, er hat sich nicht nur nicht geschämt, Proletariern die lauer verbiete letzte Mark abzumumpeln, natürlich Alles auf Rimmerbezahlung, er hat auch verächtlichlich Geschprellereien verübt, und verkauft Gesetsprodukte der allertraurigsten Art zu unverhältnißmäßigem Preise an die Genossen, die, wir wiederholen den Vorwurf, dumm genug sind, ihm diese traurigen Betrügereien abzumumpeln. Solch ein erbärmliches Gesetsprodukt besteht in sogenannten „bischen“ sozialdemokratischer Tendenz, deren poetischer Werth tief unter Null steht. Das Unglaublichste aber ist, daß obgleich die Schwindelacten und Betrügereien des Büttgenau schon vielen Beuten geöffnet haben, es immer noch eine Anzahl Genossen gibt, die sich trotz alledem nicht belehren lassen und dem Herrn noch ihr Vertrauen und — ihr Geld entgegenbringen.

Der Parteitag sollte einen Preis aussetzen für die Beantwortung der Frage, auf welche Weise die Parteigenossen am besten vor Schwindel und Betrug bewahrt werden können. Alle Rathungen zur Botschaft und zum Vertrauen haben bisher nichts genützt, immer und immer wieder haben sich leider Genossen, die dem ersten Bissen, der ihnen um den Bart zu gehen und ihnen zu imponieren versteht, blindlings vertrauen. Soll denn auch für unsere Genossen ewig das bekannte Wort gelten: Die Dummen werden nicht alle? Warum erlaubt man sich nicht bei unternichteten Personen über das Betreiben und den Charakter von Leuten, die plündern, wie vom Himmel gefallen, aufzustehen, an die Opferwillig-

keit zu appellieren, die sich nicht durch die bloße Fälschung von Titeln und Namen imponieren lassen? Warum erlaubt man sich nicht bei unternichteten Personen über das Betreiben und den Charakter von Leuten, die plündern, wie vom Himmel gefallen, aufzustehen, an die Opferwillig-

keit zu appellieren, die sich nicht durch die bloße Fälschung von Titeln und Namen imponieren lassen? Warum erlaubt man sich nicht bei unternichteten Personen über das Betreiben und den Charakter von Leuten, die plündern, wie vom Himmel gefallen, aufzustehen, an die Opferwillig-

keit zu appellieren, die sich nicht durch die bloße Fälschung von Titeln und Namen imponieren lassen? Warum erlaubt man sich nicht bei unternichteten Personen über das Betreiben und den Charakter von Leuten, die plündern, wie vom Himmel gefallen, aufzustehen, an die Opferwillig-

Zeit der Genossen appellieren oder gar die Helden ihrer Ueberzeugung zu spielen suchen? Reist beschreiben sich ohnehin diese „Helden“ derart, daß sie dem halbwegs Lebenden noch den ersten drei Tagen klar machen müssen, mit welcher Sorte von Menschen er es zu thun hat.

Frankenhausen (Kuffhäuser), 20. September. Am 7. September fanden hier die Wahlen zu unserm Schwarzburgischen Landtag statt. Von Seiten der Reichspartei war der bisherige Abgeordnete Hoffmann aufgestellt, der 1884 von unserer Seite gewählt worden war, doch im Laufe der Session sich ganz brüskel als Betrüger an seinen Wählern erwies, der nicht zu uns, sondern ins Lager der Herren Richter und Konferten gehdrt. Von sozialdemokratischer Seite wurde deshalb in aller Stille fleißig für eine wirkliche sozialistische Kandidatur gearbeitet, um im geeigneten Moment schlagerartig zu erscheinen. Die Gegner, die da glaubten, da von uns aus nichts verlaute, ohne Mühe den Sieg erringen zu können, sahen im entscheidenden Moment eines Besseren belehrt werden. Der hier bestehende „Verein für volksthümliche Wahlen“, in welchem nur Arbeiter sind, hielt — vier Tage vor der Wahl — am 3. September eine Versammlung ab, welche gut besucht war. Vom Vorabend, Apet, wurde das Verhalten des bisherigen Abgeordneten getrdglich gekennzeichnet, und alsdann die Auffassung eines Kandidaten beschlossen in der Person des Genossen Karl Apel sen., welcher als Kampfer für die Sache der Unterdrückten hinreichend bekannt ist. Am letzten Tage vor der Wahl, den 6. September, wurde in der Abendstunde ein Flugblatt, in welchem die Wahl unseres Kandidaten empfohlen wurde, in 1000 Exemplaren in gröster Geschwindigkeit verbreitet. Der Wahltag begann um 10 Uhr und endete 3 Uhr Nachmittags. Mit gröster Spannung mochten beide Richtungen der Stimmzählung bei. Das Resultat war der Sieg der Rothten. Es waren in Stadt und Altstadt im Ganzen 401 Stimmen abgegeben worden, von denen 222 auf den Arbeiterkandidaten fielen, während Hoffmann 177 Stimmen erhielt, 24 St. waren ungültig. Im Lager der liberalen Maulhelden und deren Presse herrscht große Entrüstung darüber, daß die Sozialdemokraten gelungen ist, einen der Ihrigen „vom reinsten Wasser“, wie die „Landes-Zeitung“ spöttlich bemerkt, in den Landtag zu senden. Man lese nur folgenden Seguß aus der „Königlichen Zeitung“, den der hiesige Reaktionswisch „auf dringendes Ersuchen“ zum Abdruck gebracht hat:

„Am 7. September unterlag in Frankenhausen der Kandidat der Liberalen, Knopfabrikant Hoffmann, mit 177 Stimmen dem Sozialdemokraten Apel, welcher 222 Stimmen erhielt. Dieser sozialdemokratische Sieg ist indessen für denjenigen, der die Verhältnisse in der Provinz Sachsen und den thüringischen Staaten kennt, kein Wunder. In keinem andern Bezirke des deutschen Reiches ist die politische Lauheit und die Theilnahmlosigkeit gegenüber staatlichen Fragen so groß wie dort. Die Vergnügungen des Bogelschießens, der Stat- und anderer Kongresse erregen das allgemeine Interesse mehr als die lästige Beteiligung an öffentlichen Fragen, die das Wohl des Staates angehen, bis etwa wieder einmal eine brennende politische Frage, wie die der siebenjährigen Festschließung der Friedenssäule des Heeres es war (oder der Franzosen-schwindel), die Gemüther erhitzt und aufrüttelt. Inzwischen können die extremen Parteien, die überall größere Regsamkeit bewahren, in Ruhe das Feld für sich bearbeiten. In dieses Kapitel gehören die wahrhaft lässliche Niederlage im Wahlkreise Merseburg-Duerfurt und die Landtagswahl von Frankenhausen. Zum Glück hat man auch eingesehen, daß es nicht länger so fortgehen kann, und die national-liberale Partei hat am 6. August durch ihre Abgeordneten in Thale beschlossen, die Hande, welche die Parteigenossen in der Provinz Sachsen bisher nur locker zusammenhielten, fester zu knüpfen und eine straffere Organisation einzuführen, wie sie in Rheinland und Westfalen schon längst besteht. Hoffentlich wird auch die Ueberschau der thüringischen National-liberalen, die im nächsten Monat in Jena stattfinden wird, sich die auf dem Delegirten-tage in Thale gegebene Anregung zu Ruhe machen und die Parteigenossen werden sich die Zeichen von Merseburg-Duerfurt und Frankenhausen zur Warnung dienen lassen.“

Nur zu, wir sind's zufrieden.
Bei der Reichstagswahl wurden trotz Kriegsklagen für Bod 528 Stimmen in Stadt und Altstadt abgegeben und unter so kleinen Umständen als die Durchschnitts der Sozialdemokratie bezogen. Man sieht, es wird immer — schlimmer.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
D. R. v. K.

Röschbroda bei Dresden. Wir haben das Parteiorgan bisher noch nicht in Anspruch genommen, weil bei uns die Dinge gehen wie allerwärts, nämlich „bewaffnet mit dem Maulkorbes“. Ein Ereignis jedoch veranlaßt uns, zu Ruh und Frommen der Gesinnungsgenossen, namentlich derer in Gohlis bei Leipzig und Umgebung, unser Stillsitzen zu unterbrechen.
Wir haben hier einen Schand-art, welcher den lieblichen Namen Engelmann führt, im Uebriken aber ein wahrer Teufelskerl ist. Herrsch, groß, anmahnend und streberhaft, aber doch nicht schlau genug, sein Vorhaben so einzurichten, daß man von oben mit ungeheurer Wohlthaten auf ihn herabbliden kann. Dieses Prachtexemplar einer Staatsfuge geht uns mit dem 30. September verloren, um am 1. Oktober den Genossen in Gohlis bei Leipzig beiseite zu werden. Damit diese nun von unserem Sozialisten freisen — wollen den Freund ein möglichst getreues Kontorfei erhalten, und sich nicht etwa dem Schanden hingeben, sein so staltlicher Korpus verdanke seine geistliche Bildung wirklich verzehrten Sozialisten, so gestatten wir uns, ihm folgende Stippe auf den Weg zu geben.

Als vor einigen Jahren der Kampf gegen das Lumpen- und Bagakundenthum, wie man die arbeitslosen Massen nennt, begann, und es galt, durch Gründung eines Beitevereins oder sonst welche Mittel zur Ausrottung dieser Plage als rettender Engel zu erscheinen, da wollte es Gottes wunderbare Fügung, daß unserm Engelmann aus dieser Bagakunden- und Lumpen-Roth Glück und Heil erwachsen sollte. Dies geschah in folgender Weise: „Eines Tages verbreitete sich das Gerücht, unser tapftrer Schandarm Engelmann sei von drei Stroichen, welche er vorige Nacht bei Kadobent angehalten, halbtoth gefangen worden.“ Die „Dresdener Nachrichten“ (für welche Gemein — nützigkeit sind sie nicht zu haben?) brachten einen Artikel, nach welchem bei Engelmann das Hirn bloßlag und er in schrecklich zerfallenen Zustande zu Hause gebracht worden sei. Er habe sich eben tapfer gewehrt, den Stroichen einen Revolver entwandten, welcher noch vorhanden, das Gewehr des Schandarmen sei ganz zerfallen, die Stroiche seien natürlich verschwinden, der Schandarm habe unter Aufopferung selbst seines edlen Lebens sich nicht gescheut u. u. Der Artikel war für seinen Zweck so meisterhaft zusammengestellt, daß er auch seine Wirkung nicht verfehle, trotzdem der den Schandarm behandelnde Arzt, Dr. Pröhs, sich genüßigt sah, den „Dresdener Nachrichten“ berichten mitzutheilen, daß das edle Gehirn des Schandarm dem profanen Auge des Publikums noch verborgen liege, — der dicke Schädel wies weder Ritze noch Brüche auf, noch gestalte er Einsicht in den Geistesapparat des Herrn Engelmann. Wer diesen Artikel geschrieben oder aufgegeben, darnach hat wohl Niemand gefragt, hatte doch Alles mit dem bedauerlichen Opfer zu thun. Die Wohnung des Engelmann war ein Laubenhäus geworden, es floß immer ein und aus, es füllten sich Küche und Keller, auch das Portemonnaie kam nicht schlecht weg. Einzigerlei behaupten, es seien 600 Thaler haat und für drei Jahre Wein eingekommen, ohne den Küchenvorrath, von dessen blohem Ueberfluß täglich ein halbes Schod hungende „Stroiche“ hätten gestillt werden können.

Nach dieser Richtung war der göttliche Streich gelungen, nur nach der andern Seite, nach oben, gelang es leider nicht, einen markanten Stein ins Brett der Beförderung zu legen. Man stelle zwar Redereien an, um die mit Revolver bewaffneten Stroiche zu ermitteln, ließ sogar später den Teufelskerl Engelmann einmal nach Berlin fahren, um dort ein Individuum zu rekonognosciren, welches zu den Altmeistern zählen könnte, aber es war nichts. Und es war überhaupt nichts, weiß man doch ganz gut, daß Stroiche keine Mittel zu Revolvern haben, und es für sie auch gefährlich wäre, solche zu führen, und hätte es solche mit Revolvern gegeben, so würden sie, nachdem der Schandarm darniedergefallen war, ganz sicher den Revolver nicht in dessen Händen zurückgelassen haben. Und was sah man, als Herr Engelmann wieder aus der Bildsäule erschien? Einen Mann, lebte mit Schwärmen im Gesicht? Wenigstens frisch und munter, etwas gerötet, und an der Stirn einen unmerklichen Hautschuß, wanderte er eintr, keine Witterungsverhältnisse foder

ten diesen so widerstandsähigen Schädel, weder Hitze noch Kälte, was doch bei andern Menschenkindern unter solchen Verhältnissen der Fall ist. Uebrigens scheinen die „Stroiche“ recht oft solch rettende Engel abgeben zu müssen. Dennigend hat dies der Schandarm Pienitzer, welcher damals in Kadobent stationirte und den Dienst seines Kollegen Engelmann verlor, auch erfahren. Pfenziger hatte das Unglück gehabt, sich in seinem Bezirk in der Oberflächigkeit die Kugeln eines sehr reichen Rentiers zuzuziehen, den er gern zum Freund gehabt hätte. Was geschieht? Er kommt eines Abends auf dem Weg von der „Baumwiese“, einem Gehaus, an dem Grundstück des feindlichen Rentiers vorüber, da sendet ihm der Himmel eine rettende Vision. An der Pforte angelangt, reißt er wie besessen die Glocke. Hunde und Diensthoten kommen herbeigeeilt, man fragt, was es gibt. „Schnell, schnell aufgemacht“, ruft der Pfenziger, „die Stroiche sind hier eben übergeflogen, schnell!“ Und wie ein Wilder stürzt er in das Grundstück. Da es bereits Abend war, wurden Laternen angezündet, und Alles bestreifte sich an dem Abfuchen des großen Gartengrundstückes. Leider fand man keine Stroiche, für seinen Pflichteifer aber erhielt Pfenziger von nun an einen Freund und von demselben gar manches Geschenk. Man sieht, es steht ein Kern des Guten in dem Uebel!

Zurück zum Engelmann. Die Verletzung des trefflichen Ordnungswärters an hier nach Gohlis scheint gerade keine bedauernde zu sein, man spricht sehr viel vom Gegenheil. Die Genossen wollen sich daher in jeder Weise vor diesem neuen Streber hüten, welcher dort wird wohl machen will, was ihm hier nicht gelungen. Vor Allem hüte man sich, durch sein provokirendes Wesen sich Reizen zu lassen.
Die Rothten des Gohlis.

Erkenntniß.

Von Friedrich Bischer.*

Wir haben keinen
Lieben Vater im Himmel,
Sei mit dir im Reinen!
Man muß aushalten im Weltgeimmel
Ruch ohne das.
Was ich alles las
Bei gläubigen Philosophen,
Lodt keinen Hund vom Ofen.
Wir' einer droben in Wolken's'n,
Und würde das Schauspiel mitan's'n,
Wie mittelstlos, wie teuflisch wild
Thier gegen Thier und Menschenbild
Wüthet mit Zahn, mit Gift und Stach,
Mit ausgesonnener Folterqual,
Sein Vaterherz würd' es nicht ertragen,
Mit Donnerkeulen würd' er drein schlagen,
Mit laulend heiligen Donnerwettern
Wüthet' er die Henkerhände zerfahmetern.

Meint ihr, er werde in anderen Welt
Dinsternis bis und Gut vergessen,
Ein graumum hingemordetes Leben
Zur Berechtigung in seinen Himmel heßen?
O, wenn sie erwachten in anderen Fluren,
Die zu Tode gemarterten Kreaturen:
„Ich danke!“ würden sie sagen,
„Wärd' es nicht noch einmal wagen,
Es ist überhanden. Es ist gelassen.
Schließ' mir die Augen, mag nichts mehr sehen,
Leben ist Leben. Wo irgend Leben,
Wird es auch eine Natur wieder geben,
Und in der Natur ist kein Erbarmen,
Da werden auch wieder Menschen sein,
Die lobten wie damals, mich umarmen —
O leg' ins Grab mich wieder hinein!“

Wer aber lebt, muß es klar sich lassen:
Durch dieses Leben sich durchzuschlagen —
Das will ein Stück Noheit.
Wohl dir, wenn du das hast erfahren,
Und kannst dir dennoch retten und wahren
Deiner Seele Noheit.
In Seelen, die das Leben aushalten
Und Mitleid üben und menschlich wallen,
Mit vereinten Waffen
Winken und schäffen,
Troß Hoßa und Spott —
Da ist Gott.

*) Bischer, Redakteur der Hegel'schen Schule, ist am 16. September in Gumbden gestorben. Der Mann hat politisch viel geleistet, aber in einer Hinsicht ist er doch bis jetzt konsequent geblieben: er hat jeden priesterlichen Beistand verschmäht und sich testamentarisch jedes kirchliche Begräbniß verweigert. Es sollte sich das eigentlich bei Jedem, der sich von der wissenschaftlichen Unhaltbarkeit der Offenbarungsreligionen überzeugt hat, von selbst verstehen, aber das Gegenheil ist der Fall. Das kirchliche Wesen ist wieder in Mode gekommen, wer zur guten Gesellschaft gehdrt, muß sein Kompliment vor der Priesterlichkeit gemacht haben. Unter diesen Umständen ist daher Bischer's Verhalten immerhin anerkennenswerth, er hat sich zu dieser Konfession nicht erniedrigt, und so nach dieser Seite hin den Standpunkt bekräftigt, dem er in obigem Gedicht so energischen Ausdruck gegeben.

Nachruf.

Am 4. Juli starb nach längerem Leiden unser treuer Genosse
Peter Gräff, Klempner,
im Alter von 33 Jahren an der Proletariatkrankheit.
Gräff war stets zur Stelle, wenn es galt, für unsere Sache einzutreten. Noch bei der letzten Reichstagswahl raffte er alle Kraft zusammen, um für das einzige Mittel, welches uns noch blieb, die Flugblattvertheilung, zu wirken.
Sein Andenken wird unter den Genossen unvergesslich bleiben.
Die Genossen des Landkreises Rön a Rf.

Briefkasten.

der Redaktion: Briefe und Einwendungen u. sind eingetroffen aus Kitor, Sera, London, Straßburg. — Landkreis Rön: Gew.-Korrespondenz aus Rippes in nächster Nr.
der Expedition: Rother Kofel: Nr. 100 — pr. 4/9 St. St. Gr. H. Kuffel. gntgebr. Weiteres u. P. R. a. 22.9. — Rofthe Landwehr: Nr. 200 — a Gto Kb. u. Schlt. erh. Adr. u. Hllg. notirt. — Rofthe Franz: Nr. 250 a Gto Kb., sowie Hfe. u. prompt erh. Weiteres dh. notirt. — H. d. L. Postle Wegge: Nr. 3 — Kb. Rof. pr. 8. und 4. Du. erh. Nachh. am 22.9. ab. 29 vergiffen. — Mühlmühle vom Felsenhor: Nr. 20 — a Gto Kb. u. Schlt. erh. Hllg. folgt. — J. R. Agn.: Nr. 1 — Kb. Rof. erh. Dank für Beiseh. — Gg. I: Nr. 40 — a Gto Kb. erh. Ggr. gntgebr. Hll. am 22.9. Weiteres. — B. B. Schlt.: Nr. 380 Kb. 4. Du. Schlt. erh. Sda. mit 39 abg. — G. H. Gernier: Nr. 150 Adon. Rof. 4. Du. pr. D. Ver. Sch. erh. — D. G. Soy. Club Paris: Nr. 80 — a Gto Kb. u. Schlt. erh. Complete Aufl. folgt. — Grr. Aug. Brsl.: Nr. 448 Kb. 4. Du. erh. — D. S. U. Wäg.: Nr. 440 Kb. 4. Du. erh. — Club Glas. Dtr.: Nr. 2 — Kb. 4. Du. erh. — G. S. H.: Nr. 3 — Kb. 4. Du. erh. — Glas: Nr. 1, v. 20.9. erh. u. befolgt. — Karl Schmitt: Nr. 22.9. erh. Gg. und Grr. u. dringlich erm. — Theophilus: Nr. 24.9. Kb. 4. Du. erh. Grr. Grr.

graf. Porto muß aber vergütet werden. Nr. 1c. notirt. — Harmonant Nr. 15.60 Kb. 4. Du. u. Schlt. erh. Hllg. notirt. Weiteres u. H. v. 24.9. — Hg. Hllg. Paris: Nr. 250 Kb. 3. Du. erh. — G. P. H. Hllg.: Nr. 440 Kb. 4. Du. erh. — J. R. S. b. H.: Nr. 6 — Kb. 4. Du. erh. Adr. grrdn. — D. S. D.: Nr. 315 Kb. Rof. 3. Du. u. Kb. 4. Du. erh. — H. Sch. S. R. i. B.: Nr. 324 f. Schlt. erh. — Der Beobachter a. b. Sprce: Nr. 59.94 a Gto Kb. u. Schlt. erh. — G. D. Ploescu: Nr. 55 — a Gto Kb. u. Schlt. erh. — G. H. Riessig: Nr. 2 — Kb. 4. Du. erh. — H. S. H.: Nr. 10 — a Gto Kb. u. Schlt. erh. — G. J. H. Jda.: Nr. 6 — Kb. 3. Du. erh. — E. P. H.: Nr. 5 — pr. Kb. 4. Du. u. Jan.—Febr. 88 erh. — G. B. Vos.: Nr. 5 — Kb. 4. Du. erh. — Falken: Wofl. 5 — a Gto Kb. H. u. S. u. erh. Graß — G. Oldt.: Nr. 880 Kb. 4. Du. erh.

Anzeigen.

Partheigenossen bestens empfohlen, insbesondere Anhängern im Studium der Sozialökonomie:

Bastiat-Schulze
von
Ferdinand Lassalle.
Neue Ausgabe. — 14 1/2 Bogen stark
Preis: Nr. 1 —, — Fr. 1 25.
Bei Partienbezug Nebstl. Porto extra.
Zustellenden Bestellungen sieht entgegen
Volksbuchhandlung Göttingen-Fürth.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekanntem Agenten — obwohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:
Zürich Volksbuchhandlung, Casinostrasse 8, Höttingen, und Deutscher Verein, und Deutsche Soc., im Schwamm Zürich.
Winterthur Deutscher Arbeiterverein, Haldenstrasse 1026.
Aarau E. Gennert, Rainstr. 884.
Basel Deutscher Verein, Schwammengasse 4 und Deutsche Clubhsten, Riehenstr. 15.
Bern Deutscher Verein.
Biel E. Poppitz, Deutscher Verein.
Chur F. Pflaum, Buchdruckerei Manabollal & Elner, Deutscher Verein.
Frauenfeld Deutscher Verein.
St. Gallen Deutsche Soc., zum Friedberg Rosenbühlstr., und in dem Allgem. Arbeiterverein.
Genf Deutscher Verein.
Lausanne Allgem. Arbeiter-Verein, „Club National“, rue St. Laurent 1. Stock.
Luzern C. Barth, bei Wirth, M.-Thallour, Zähringerstrasse.
Neuenburg Deutscher Arbeiterbildungverein.
Schaffhausen Allgem. Arbeiterverein, zum „Schiff“, Zug Allgem. Arbeiterverein.

(Wir bemerken ausdrücklich, dass diese Adressen nicht als Deckadressen für Deutschland dienen!)

Paris A. Heyde, „Deutscher Leseclub“, 78 rue Hyanois Miron, und
La Villette-Paris „Deutscher Sozialdemokratischer Club de Villette“, rue d'Allemagne No. 2/1, Ecke Boulevard la Villette, und Deutscher Sozialistenclub, 185. rue St. Denis. Paris.
Kopenhagen K. O. Hördum, Römorgade 22 Strann.
Brüssel (bei bekannten Adressen) und dem Zeitungshändler à la Croix de fer, Grand Place.
Liège Café des quatre Nations, rue Chapelle des Cleres.
Verviers Charles Piersaux, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
Amsterdam J. A. Fortuyn, Bookhandel, Tuinstraat 54.
Antwerpen A. Novalstein, Dieppestraat 146.

H. Baskow, 35 Charlotte Street Fitzroy Square W.
Communistischer Arbeiter-Bildungsverein, Tottenham Street, Tottenham Court Road 49. W.
Mr. Schweitzer, Buchhandlung, 43 Commercial Road, E.
London Schager, Friseur, Upper Marylebonestr., W.
Schönleben, Friseur, 3 Edwardstreet, Wardourstr., W.
Daubenspeck, 42 Sunstreet, Finsbury Square, E.C.
Haustein, Tobacconist, 51 Charlottestreet, Fitzroy Square, W.
Monk, Stationer, 56 Charlottestreet, Fitzroy Square, W.
Mad. Goodblood, Tobacconist, 29 Foley Street, Cleveland Street.

Castelford bei Yorkshire Theobald Völkel, 1 Dentonstrasse.
Edinburgh Carl Derwald, Portobello near Edinburgh, High Street 10.
Bukarest F. Marcus, Caloa, Cotroceni 15.
New-York John Heinrichs, 130 Third Street, East.
H. Hitzsche, 548, 9. Avenue, City.
Jes. Strauss, 355 L. Avenue.
A. Böhm, care of „New-Yorker Volkszeitung“, 184 William Street.
W. Sätke, City 536, 16. Street.

Philadelphia W. F. Schmidt, Nr. 618 Callowhill Street, care of Philad. Tagblatt.
F. W. Fritzsche, 525 Callowhill Street.
Chicago J. H. Lanfmann, 349 Divisionsstreet, W. Langner, 649 W. 18. Street.
Cincinnati O. C. Schumann, 16 Marcor Street, G. Muehler, Walnut Str. 486.
Charleston S. C. W. Eberhard, 48 Anson Street.
St. Louis, Mo. Gobr. Herminghaus, 1707 Franklin Avenue.
Buenos-Aires Sociedad „Vorwärts“, Calle Comercio, 326.
Rio de Janeiro Frederico Paszke, Oficina dos Telegraphos, Praça da Aclamacao.
Porto Alegre Carl Grimm, Rio Grande do Sul Brazil.
Melbourne G. Scheele, 48 Rosstr. Richmond.
Sidney, J. Harm, Kent Street 49.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“